

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Schild und Zepter).

Sachverständige:
Kapitän Wiese,
Gouverneur Dr. St.,
Notar Dr. H.

Buchdruckerei
Dresden 1880.
Girokonto:
Riesa Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Kreischausammlung, des Kreisgerichts und der Unterkreispolizei beim Kreisgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Riesa bestimzte Blatt.

Nr. 59.

Donnerstag, 10. März 1932, abend.

85. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Aufstellgebühr, durch Postbegruß 2,16 einschließlich (ohne Aufstellungsgebühr). Ab dem 1. Januar des Eintrittes von Produktionssteuererhebung, Schätzungen der Höhe und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preisanhebung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voran gebrachten Tag abzugeben; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Wochentagen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 35 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Klammerzeile 100 Gold-Pfennige; je zehn Ziffern und abendländischer Satz 50%, Aufschlag, keine Taxe. Bewilligter Rabatt entfällt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs geht. Zahlungs- und Fälligkeitszeit: Riesa. Zeitliche Unterhaltungsgebühren „Anhänger an der Seite“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes des Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsunternehmungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Sicherung oder Nachforderung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Redaktion und Verlag: Berger & Winterlich, Riesa. Geschäftsführer: Goethenrath 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Der Wahlkampf auf dem Höhepunkt. Die Notverordnung zum Schutze der Wirtschaft veröffentlicht.

Das Rückschlüsse des Wahlkampfs

hat in der Öffentlichkeit jenes aktuelle Frage- und Antwortspiel nach dem Sieger, bei dem der zu erwartende Stimmen und den daraus erwachenden Konsequenzen vorausgesetzt. Es nach der Wahlrichtung werden dabei vielfach phantastische Kombinationen entwickelt, die kaum mehr als leeres Geschwätz sind. Daneben liegen aber auch recht vorstellige Schätzungen vor, die sie auf Wiederaufbau aus ganz Deutschland rütteln und immerhin eine gewisse Bedeutung zur Wirklichkeit haben. Auch wenn man das Ergebnis hinter diesen Schätzungen niemals überprüft, haben sie doch ein gewisses Interesse, weil sich zum mindesten die Erwartung der einzelnen politischen Kreise und Klungen darin ausdrückt. Sie sind eine Art Stimmungsbarometer, das etwa den Lloyd-Wetten in England entspricht. Das Kennzeichnen dieser Vorwagsage ist zunächst ein Gegenlauf in der Bevölkerung, der sich zwischen Süddeutschland und Norddeutschland aufstellt. Die politischen Kreise Süddeutschlands registrieren überall ein ganz starkes Befürworten für Hindenburg. Man sieht dort allein in Bayern, Württemberg und Baden die Hindenburg-Wähler auf mindestens sechs Millionen. Die Verlässlichkeit des amtierenden Reichspräsidenten zeigt sich hier gerade durch die Weiberparteilichkeit und Lauterkeit des Wahlsprungs immer stärker durch. Der von interessierten Seiten betonte konfessionelle Gegensatz wird als völlig unwesentlich betrachtet. Aehnlich lauten die Nachrichten aus dem Rheinland. Man glaubt hier vielleicht, dass Hindenburg bereits beim ersten Wahlgang die notwendige Stimmenzahl auf sich vereinigen wird, und man spottet etwas über die gehobene Zurückhaltung, die in diesen Punkten in den nördlichen Gegenden und zum Teil auch in der Reichshauptstadt bemerkt wird. Dass man in Berlin etwas skeptischer ist und den Kampf im ersten Wahlgang als offen ansieht, hat mehrere Gründe. Die großen Wahlbezirke der Ostprovinzen sind seit jeher die Rekrutierungsbasis des radikalen Conservativismus gewesen. Der Einfluss des Guisches ist hier groß und die Möglichkeit einer freien Propaganda sehr beschränkt. Aber auch das Wirtschaftsleben in diesen Bezirken, das nicht nur die Bauernschaft, sondern auch die bürgerlichen Schichten radikalisiert hat, wird wahrscheinlich bei der Wahl eine Rolle spielen, die nicht ganz klar zu überblicken ist. In Ostpreußen, Pommern, Westfalen, aber auch in Schlesien hat zweifellos die nationalsozialistische Propaganda Wirkungen erzielt, die selbst Deutschnationale über Dresdnerberg hinweg ins Hitler-Lager treiben. Auch hier spielt das konfessionelle Element kaum eine Rolle. Das Hitler-Konsortium ist auf dem flachen Lande kaum bekannt. Durchaus offen scheint auch die Lage in Mitteldeutschland zu sein, obwohl hier, wie übrigens auch in Niedersachsen und Pommern, in den letzten Tagen die Hindenburg-Mehrheit im starken Anwachsen ist. Man sieht noch nicht recht klar, inwieweit die Wähler der Rechten unter Umständen auch gegen die Parole ihrer Führer handeln. Die starke Volksstimme zwischen den Nationalsozialisten und dem Stahlhelm hat in diesen Bezirken vielfach sehr erstaunend gewirkt. Das Bürgertum überlegt die Wirkungen, die aus einer Machtausübung Hitlers nicht nur auf innenpolitischen, sondern auch auf außenpolitischen Gebieten hervorgerufen würden. Es hört auch wieder stärker auf die sachlichen Argumente, die von den Hindenburg-Ausschüssen gegen die emotionalen Aufweckungen der Maßen vorgebracht werden. Nachhaltige Bekanntheit für Hindenburg kommt aus der Provinz Hannover. Auch die sozialen Kreise haben sich in diesen Gegenden entschlossen hinter die Person des Reichspräsidenten gestellt. Eine gewisse taktische Teilung hat sich bei der Hindenburg-Propagande in den Städten und auf dem flachen Lande ergeben. Die Arbeit in diesem schwersten Bezirk jeder Wahl ist hier hauptsächlich von den Elternen front übernommen worden, während sich die Aufklärung der Hindenburg-Ausschüsse größtenteils auf die Städte konzentriert. Sieht man eine Art Front aus vielen verschiedenen Nachrichten, die in den politischen Kreisen Verlust selbstverständlich eingeschossen werden, so steht die allgemeine Aussicht dahin, dass bei einer Gegenüberstellung der Aussichten in Nord- und Süddeutschland ein positiver Ausgang der ersten Wahlkampf für Hindenburg keineswegs ausgeschlossen ist. Mit Sicherheit redet man aber bereits beim ersten Wahlgang mit einem mehreren Millionen beträgenden Vorrang Hindenburgs vor dem nationalsozialistischen Gegenkandidaten.

Eine Sonderfrage bilden die Wahlabsichten des kommunistischen Kandidaten Thälmann. Sie werden heute fast allgemein negativ beurteilt. Auch kommunistische Wähler rechnen, wie man hört, kaum mit mehr als 4-5 Millionen Stimmen für ihren Kandidaten. Die kommunistische Propaganda erfreut sich ausschließlich auf die Städte und Industriebezirke. Interessant ist eine Abstimmung bei der Gewerkschaft der Metallarbeiter in Magdeburg, die über 30 Projekte kommunalen Inhalts enthält. Von 400 Abgeordneten einer Gewerkschaftsversammlung stimmen 300 für Hindenburg und nur 2 für Thälmann. Dester Grund für ein derartiges Ergebnis ist zweifellos die Stärke der Kommunisten

Eine neue Brüning-Rede

Dortmund, 10. März.

Reichskanzler Dr. Brüning hielt in der überfüllten Westfalenhalle seine dritte Rede für die Wiederauflage Hindenburgs. Nachdem der Kanzler Gedankengänge seiner vorherigen Reden wiederholt hatte, sagte er:

Man streut über den Osten aus, als ob wir momentlich im Begriff auf die Sicherung Ostpreußens und den gesamten Osten es an genügender Kraft fehlen ließen und man sucht daraus gegen den Mann, der Ostpreußens und Schlesiens und den ganzen deutschen Osten im Kriege rettete, nur Stimmung im Lande zu machen. Möge man wählen in Ostpreußen, wenn man will. Ich kann mir nicht vorstellen, daß man den Sieger von Tannenberg, den Sieger so vieler Schlachten an der ostpreußischen Grenze, die zu den größten der Weltgeschichte gehören, den Mann, der dafür gesorgt hat, daß Hunderte von Millionen für die wirtschaftliche Rettung Ostpreußens in den vergangenen Jahren gegeben worden sind, ernstlich in Ostpreußen aufgeben könnte. Es wäre für den deutschen Osten keine Empfehlung, wenn er die Freude und die Dankbarkeit gegen den Feldmarschall von Hindenburg vergessen würde. Wenn irgend etwas geschehen ist in den vergangenen Jahren, was überhaupt im Bereich der Möglichkeit lag für den schwierendsten und durch die Grenzziehung gerissenen und wirtschaftlich erschütterten deutschen Osten, dann ist es unter größter Anteilnahme des Reichspräsidenten persönlich geschehen.

Auf die nationalsozialistische Agitation eingehend, sagte der Kanzler: Wenn augenblicklich Stimmung gemacht wird, als ob die ganze Welt auf die Wahl Hitlers warte, so kann man nicht anders, als über solche Behauptungen etwas mitlänglich lächeln.

In den nächsten Monaten wird das deutsche Volk nur einen Weg weitergehen, einen Weg, der Tag für Tag und Stunde für Stunde am Abgrund vorbeiführt, einen Weg, der in seiner furchterlichen Gefährlichkeit notwendig war und der notwendig sein wird, wenn man die Bahn freimachen kann für Deutschlands Befreiung. Der Aufstieg eines Volkes aus Knechtschaft ist niemals durch einen rücksichtigen Optimismus erreicht worden, sondern nur durch Klarheit und gleichmäßige Verantwortung, durch mutiges Hinnehmen von Verantwortung, was überall auf die Wahl Hitlers warte, so kann man nicht anders, als über solche Behauptungen etwas mitlänglich lächeln.

In den nächsten Monaten wird das deutsche Volk nur einen Weg weitergehen, einen Weg, der Tag für Tag und Stunde für Stunde am Abgrund vorbeiführt, einen Weg, der in seiner furchterlichen Gefährlichkeit notwendig war und der notwendig sein wird, wenn man die Bahn freimachen kann für Deutschlands Befreiung. Der Aufstieg eines Volkes aus Knechtschaft ist niemals durch einen rücksichtigen Optimismus erreicht worden, sondern nur durch Klarheit und gleichmäßige Verantwortung, durch mutiges Hinnehmen von Verantwortung, was überall auf die Wahl Hitlers warte, so kann man nicht anders, als über solche Behauptungen etwas mitlänglich lächeln.

Der Kanzler wandte sich gegen die Pläne eines neuen Geldes und erklärte, man müsse sich vor allem hüten, was nach Inflation ausgehe. Zum Arbeitslosenproblem betonte der Redner, man müsse versuchen, einen trauenfestsamen Arbeiter zu schaffen, der, wie in Württemberg und Baden, ein Häuschen und einen Kater hat.

Zum Schluss wandte sich Dr. Dietrich gegen den gefährlichen Überglauken, als ob ein Wunder das deutsche Volk retten würde. Das Bürgertum müsse eine geschlossene große republikanische Partei bilden, die um die Macht im Staat kämpfe. Der Kampf sei aber nur möglich auf dem Boden des bestehenden Staates. Bei der Wahl gehe es nicht nur um die Person Hindenburg, sondern sie sei auch entscheidend darüber, ob das bürgerliche System sich behauptet oder endgültig dem Untergang verfallen sei.

Vor einer faschistischen Diktatur und vor einer barbarsch vorgehenden Teilnahme Deutschlands an einem westeuropäischen Krieg gegen die Sowjetunion. Die Warnungen Trotskis, die seit Monaten in billigen Flugschriften durch die

Massenauftisch der Berliner Nationalsozialisten im Lustgarten.

Berlin. Die NSDAP. Berlin veranstaltete am Mittwoch abend im Lustgarten einen Massenaufmarsch. Der Aufmarsch war nicht besetzt. Nach vorangegangener Spiel der Nationalsozialistischen und anderer vorarländischer Sieger sprach Reichstagsabgeordneter Dr. Goebbels. Er führte u. a. aus, die nationalsozialistische Bewegung sei jetzt entschlossen, am 18. März das System von 1918, das sich unter anderem darin charakterisierte, daß sieben Millionen Volksgenossen ohne Arbeit und Brot seien und der Mittelstand verzerrt und zusammengebrochen sei, legal zu kürzen und dem Volke Brot und seine verlorene Ehre wiederzugeben und es an die Macht zu bringen. Die Parteien des November 1918 hätten nicht den Mut, einen eigenen Kandidaten aufzustellen. Der Sieg des 18. März werde den 25. September 1930 weit in den Schatten stellen. Mit reinem Gewissen und reinen Händen trete der Nationalsozialismus vor das Volk hin. Er habe Ehrfurcht vor dem Sieger von Tannenberg, stehe aber in unerbittlicher Kampfgegensetzung gegen den Präsidenten der Republik. Der Nationalsozialismus sei entschlossen, neue Männer und neue Ideen an die Macht zu bringen. Der Redner forderte auf, mit dem Beizutragen, daß dem jungen nationalen Deutschland der Weg zur Macht nicht versperrt werde. Nun habe die NSDAP. weder die Macht noch die Verwaltung im Staat, aber das Volk, das unter einem neuen Regime nicht mehr der Sozialen sein werde, stehe hinter ihr. In vier Tagen werde die Welt erfahren, daß das deutsche Volk den Glauben an sich selbst und an seinen Aufruhr wiedergewonnen habe. Hitler sei die einzige Hoffnung vieler Millionen. — Zum Schluss nahm der Redner von den Anwesenden bei God zur Pflichterfüllung im Sinne der Bewegung ab.

Goebbels fordert den Reichskanzler zu einem Rededuell heraus.

* Berlin. Dem großen Aufmarsch der NSDAP. im Lustgarten am Mittwoch folgte am Abend eine nationalsozialistische Massenkundgebung im Sportpalast, an der über 15.000 Personen teilnahmen. Hier sprach der Reichspropagandaleiter Dr. Goebbels und der Fraktionsführer im preußischen Landtag Wilhelm Rabe.

Dr. Goebbels erklärte, Harzburg sei für die Nationalsozialisten nur eine taktische Koalition gewesen. Die NSDAP. habe nie beschäftigt, irgendwelche Angriffspläne zu machen. Die deutsch-nationale Forderung auf Aufgabe des sozialistischen Programmpunktes könne von der nationalsozialistischen Partei kaum ernst genommen werden. Der Vorwurf, herrschüchtig zu sein, ehre die nationalsozialistische Partei. Die Nationalsozialisten stünden nämlich auf dem Standpunkt, daß nur einer recht haben könne, und das wären sie. Dr. Goebbels erklärte sodann, den offiziellen Auftrag zu haben, der Neuerung des Berliner Stahlhelms von Stephani entgegenzutreten. Eine Partei, deren Mitgliedern die katholische Kirche das kirchliche Begräbnis verweigert habe, und gegen die dauernd bischöfliche Kirchenbriefe erlassen würden, brauche sich nicht gegen den Vorwurf der Romherrschaft zu verteidigen. Goebbels forderte dann unter dem Beifall der Versammlung den Reichskanzler Dr. Brüning zu einem Rededuell heraus. Er lade ihn zu der letzten nationalsozialistischen Massenversammlung vor der Wahl am kommenden Sonnabend in den Sportpalast ein und stelle ihm die Hälfte der Eintrittskarten zur Verfügung. Die Kosten trage die NSDAP. Goebbels schlug weiter vor, diese Kundgebung, auf der Brüning genugend Rebezeit und auch das Schlusswort erhalten sollte, auf sämtliche Kundgebung zu übertragen. Er, Dr. Goebbels, sei auch bereit, ohne Anspruch auf Eintrittskarten zu erheben, auf der am Freitag stattfindenden Sportpalastversammlung für die Dr. Brüning als Redner angekündigt sei, zu sprechen. Das deutsche Volk werde dann erkennen, auf welcher Seite das Recht sei. Goebbels erklärte weiter, die Kampfweise der Sozialparteien lasse jede Ritterlichkeit vermissen, selbst dann, wenn Adolf Hitler den gemeinsamen Verdächtigungen und Beschimpfungen ausgesetzt sei. Die nationalsozialistische Partei lehne noch heute in Erfahrung den Dogen vor dem großen Feldmarschall. Aber der Kampf am 18. März richte sich nicht gegen den Sieger von Tannenberg, sondern gegen das System der letzten dreizehn Jahre.

Der deutliche Landtagsabgeordnete Rabe erklärte,

wenn man bei den Nationalsozialisten preußisch-nordischen Geist vermisst, so sei dem entgegenzuhalten, daß preußisch

für die Nationalsozialisten kein geographischer Begriff und keine Angelegenheit des Standesbürgers sei, sondern ein ethischer staatapolitischer Begriff.

Betriebe verbreitet werden, haben die Kommunisten ständig gemacht. Auch die Propaganda der Sozialdemokratie gegen die Thälmann-Kandidatur scheint gewisse Wirkungen zu haben.